Sonnabend, 16. Juli 1921 * 50. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 30 Pf.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 331 * Ausgabe B Nr. 164
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 331

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Das Urteil im Leipziger Kriegsbeschuldigtenprozeß.

Je vier Jahre Gefängnis.

Die Verurteilung der Angeklagten Dittmar und Boldt

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Leipzig, 16. Juli.

Im Prozeß wegen der Versenkung des englischen Lazarettschiffs „Llandovery Castle" und der Beschießung des Rettungsbootes wurden die beiden Angeklagten Oberleutnants zur See Dittmar und Boldt zu je vier Jahren Gefängnis verurteilt, und zwar wegen Beihilfe zum Totschlag. Die Kosten des Verfahrens wurden teils den Verurteilten, teils der Staatskasse auferlegt. Gegen Dittmar wurde außerdem auf Dienstentlassung erkannt.

*

Nach dem Ergebnis der gründlichen Beweisaufnahme vor dem Reichsgericht war an der Verurteilung der Angeklagten, deren Schuld klar erwiesen war, nicht zu zweifeln. Wie die Urteilsformel, deren nähere Begründung noch nicht vorliegt, erkennen läßt, hat das Gericht nicht, wie der Oberreichsanwalt versuchten Mord, auf den die Mindeststrafe von drei Jahren Zuchthaus steht, angenommen. Es hat in der Handlung der Angeklagten nicht eine gemeinschaftliche Tat mit dem Vorgehen des Kapitänleutnants Patzig, sondern nur eine Beihilfe zu seiner Tat erblickt und hat auch die Handlungsweise des Patzig nicht als Tötung mit Ueberlegung (Mord), sondern als einfache Tötung beurteilt. Aus diesen Gründen ist es zu seinem wesentlich schmäleren Spruch gelangt. Im übrigen werden wir auf den Verlauf der Verhandlung und das Urteil selbst noch zurückkommen.

London und die Leipziger Prozesse.

Kein neuer englischer Schritt in Berlin.

London, 15. Juli. (W. T. B.)

Reuter erfährt, daß die britische Regierung es nicht für notwendig halte, in Verbindung mit dem Gerichtsverfahren gegen die deutschen Kriegsbeschuldigten einen neuen Schritt zu unternehmen. Die Berichte der richterlichen Beamten der Krone über die bereits behandelten Fälle sind noch nicht eingetroffen, und da noch nicht sämtliche britischen Fälle abgeschlossen sind, ist ein vollständiger Bericht im Augenblick unmöglich. Die Fälle können nicht einzeln erwogen werden, sondern müssen als Ganzes behandelt werden. Die Prozesse werden jedoch aufmerksam verfolgt, als Prüfstein für den guten Willen Deutschlands, die von ihm übernommenen Verpflichtungen auszuführen.

Die Spannung zwischen Polen und Sowjetrußland.

Ablehnende Antwort auf Tschitscherins Note. — Polnische Gegenvorwürfe. — Truppenaushebungen im östlichen Grenzgebiet.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Warschau, 16. Juli.

Der polnische Minister des Aeußeren, Skirmunt, beantwortete die letzte Note Tschitscherins, in der gegen die polnische Unterstützung russischer gegenrevolutionärer Organisationen und Militärformationen scharfe Beschwerde geführt war. Skirmunts Antwort lehnt die ultimativen Forderungen der Moskauer Note in bestimmter, aber jede Schroffheit vermeidender Form ab: Das politische russische Komitee Sawinkows in Warschau sei liquidiert, Balachowitsch-Truppen und sonstige antibolschewistischen Formationen seien interniert und damit sei die Hauptaufgabe der von den Russen verlangten Kontrollkommission bereits erledigt. Das politische Asylrecht zu gewähren oder zu verweigern, sei eine ausschließlich polnische Angelegenheit, und endlich widerspreche eine gemischte Kommission zur Aburteilung polnischer Beamter und Bürger der polnischen Souveränität. Die in der Moskauer Note beigebrachten Einzelangaben über die nicht durchgeführte Internierung und über die weitere Tätigkeit der Leute Sawinkows, werden durch Wiedergabe der hiesigen amtlichen korrekten Lesart über diese Dinge gerechtfertigt. Danach ist das jetzt noch bestehende Sawinkow-Komitee ein unpolitisches humanitären Zwecken dienendes Fürsorgekomitee russischer Kreise, und von den Balachowitsch-Soldaten ist ein Teil zu landwirtschaftlichen Arbeiten aus dem Internierungslager beurlaubt, steht aber unter strenger Bewachung. Diese Bewachung hat freilich, wenn man der hiesigen Presse Glauben schenkt, nicht verhindert, daß in letzter Zeit ziemlich zahlreiche Balachowitsch-Soldaten das polnische Gebiet verlassen und in Weißrußland auftauchen konnten. Die Hauptteile der Skirmunt-Note sind den polnischen Gegenvorwürfen gewidmet. Danach entfaltet Sowjetrußland eine mit dem Rigaer Frieden nicht vereinbare Agitationsarbeit gegen Polen. Diese Anführungen der polnischen Note sind darum von besonderem Interesse, weil sie gegenüber der sonstigen amtlichen Bagatellisierung der bolschewistischen Propaganda in Polen zeigen, daß diese bereits einen recht erheblichen Umfang angenommen hat. Neben etlichen Beschwerden über das unfreundliche Verhalten Moskaus hinsichtlich der Amnestie — Gefangenenaustausch — und Verrechnungsverhandlungen hebt Skirmunt hervor, daß der polnischen Regierung genau bekannt sei, welche Summen von Moskau für die kommunistische Arbeit in Polen aufgewendet wurden. Damit begnüge sich Moskau aber nicht, wie die in großen Mengen beschlagnahmten Broschüren und Aufrufe amtlicher Sowjetinstitutionen zeigten, die teils für das polnische Heer, teils für die Zivilbevölkerung bestimmt seien. Diese Agitation innerhalb Polens werde von mehreren hundert Agenten besorgt, die von den russischen politischen Bureaus und Agitationspunkten mitfalschen Auslandspässen nach Polen eingeschmuggelt wurden. Zur Gewinnung von Agitationsmitteln versuchten diese Agitatoren, Aktien ausländischer derzeit in Rußland nationalisierter Unternehmen zu verkaufen. Neben dieser inneren Agitation hebt die polnische Note den großen Umfang der militärischen Organisationen hervor, die auf eine Umsturzbewegung in Polen hinarbeiten. Derartige Formationen seien in den Grenzgebieten allenthalben aufgestellt worden mit der Losung, diese wieder von Polen abzutrennen. In besonderem Umfange sei dies der Fall in der Nähe der ostgalizischen Grenze auf sowjetukrainischem Gebiet. So habe beispielsweise der ehemalige österreichische Offizier Jlütschenke (dem Namen nach also ein Ukrainer) in Human aus Ukrainern und galizischen Deserteuren eine Kavallerietruppe gebildet, ebenso ein gewisser Scheremetjew Infanterieabteilungen, und ein Agitator Satonski fordere in Human zu einem baldigen Vorstoß über den Zbrutsch, den ostgalizischen Grenzfluß auf. Aehnliche militärische Formationen die mit neuen Uniformen und reichlicher Munition ausgerüstet wurden, seien auch auf großrussischem Gebiet früher in Smolensk, jetzt in Moskau, entstanden unter Leitung Nalimsfis.

Soweit die Note. — Der diplomatische Schriftwechsel ist nicht das einzige Feld, auf dem sich zwischen Sowjetrußland und Polen die Kräfte kreuzen. An der Warschauer Börse zeigen sich letzthin in auffallender Fülle Rubelnoten in Zarenwährung, deren massenhaftes Angebot den Kurs der Polenmark merklich drückt. Man ergreift Vorsichtsmaßregeln: das Amtsblatt ordnet soeben die Aushebung der Jahrgänge 1885 bis 1894 in den östlichen Grenzgebieten Polens an.

Wann findet die Oberschlesien-Konferenz statt?

Die Franzosen für Verschiebung bis zum Herbst, die Engländer für sofortige Beratung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 16. Juli.

Pertinax im „Echo de Paris" teilte mit, daß die **Zusammenkunft des Obersten Rates bis zum Herbst verschoben werden soll.** Auf die englische Anregung hat nach dieser Information Briand geantwortet, daß die Beratungen nicht überstürzt werden sollten, um den Sachverständigen Gelegenheit zu geben, die oberschlesische Frage richtig zu prüfen. Da die Ferien Lloyd Georges im August nicht unterbrochen werden sollen, wird frühestens im Laufe des September über Oberschlesien, über die Sanktionen und andere Punkte gesprochen werden. Inzwischen wird, falls England seine Absichten nicht geändert hat, eine Sachverständigenkommission nach Oberschlesien reisen, um einen einheitlichen Vorschlag zustande zu bringen. Der General Le Rond, der an den Folgen einer alten Wunde leidet, wird nach Frankreich zurückkehren, womit, nebenbei bemerkt, die Meldung des „Berliner Tageblattes", die von einigen gut informierten Zeitungen bezweifelt wurde, bestätigt wird. Aus diesem Sachverhalt schließt Pertinax, daß die großen internationalen Beratungen, die Vorkämpfen von Weltchampions vor einer neugierigen Menge gleichen, einigen Staatslenkern nicht mehr behagen. Man hofft natürlich, bei der Verschiebung der Beratungen Zeit zu gewinnen. Aber was auch geschehen mag, die Regierungen von London und Paris werden die große Auseinandersetzung über die zukünftige Politik und über Deutschland nicht vermeiden. Pertinax fragt, ob die Franzosen im Herbst besser für diese Aussprache gerüstet sein würden als jetzt. Für eine geschlossene Regierung, die genau weiß, was sie will, habe der Aufschub keine Bedeutung. Für eine Regierung aber, die in ihren Beschlüssen wenig fest ist, könnte die Verzögerung einige Vorteile bieten. „Zunächst", sagt Pertinax, „je mehr Zeit vergeht, desto schwerer wird es dem Partner sein, die schwarzweißrote Fahne zu verdecken, mit der sein Mantel gefüttert ist", sodann „je mehr wir uns dem Monat Oktober nähern, desto mehr wird sich das Interesse Englands, mit seinen Sorgen gegenüber Amerika und Japan, von Europa entfernen. Ein großes Risiko aber bleibt bestehen: ein neuer Theater- oder Gewaltstreich, der neue Konflikte zwischen den Alliierten zur Folge haben könne und die Aufgabe der französischen Soldaten noch mehr kompliziere."

Nach dem „Petit Parisien" hat Briand im gestrigen Ministerrat über die englische Aufforderung gesprochen und erklärt, daß die Ordnung in Oberschlesien noch nicht genügend wiederhergestellt sei, um jetzt schon die Grenzen zwischen Deutschland und Polen zu bezeichnen.

*

Die Meldung, daß jetzt wieder die französische Regierung für eine Vertagung der Entscheidung über Oberschlesien sei und die englische Regierung eine sofortige Entschließung gewünscht habe, ist einigermaßen unklar. Frankreich hat in der letzten Zeit schon zweimal seinen Standpunkt gewechselt: es versuchte, als es sah, daß England in der oberschlesischen Frage festbleibe, die Entscheidung hinauszuziehen schien dann plötzlich — offenbar auf Grund anderer Eindrücke — vor einigen Tagen einer schnellen Erledigung geneigt und hat es nun wieder nicht eilig — vielleicht weil, was allerdings nicht ganz verständlich wäre, England jetzt eine baldige Lösung für vorteilhaft hält.

Die Königsreise nach Island und Grönland.

Die Militärvorlage und das Verhältnis Dänemarks zu Deutschland.

Von unserem Korrespondenten

Alfred Gold.

Kopenhagen, im Juli.

Seitdem das Schicksal der Alandsinseln durch den Spruch des Völkerbundes entschieden und Finnland im glücklichen Besitz der Inseln geblieben ist gegen die Verpflichtung, ihre militärische Neutralität zu garantieren, kann man von größeren Problemen im Norden, die ihrer Lösung harren, kaum sprechen. Schweden hat sich, wenn auch mit schwer unterdrückter Bitterkeit, der Entscheidung gefügt, und das meerumspülte Skandinavien genießt einen Sommerfrieden, der nicht einmal mehr von dem früher üblichen Fremdenstrom — den deutschen Touristen — gestört wird.

Durch dieses Idyll geht dennoch eine Brise, die zumindest die Möglichkeit bewegterer Zeiten ankündigt. Das Programm des Völkerbundes, an dessen ersten Beratungen man nirgendwo gläubiger und arbeitseifriger teilgenommen hat als hier im Norden, bringt Auseinandersetzungen auf den Plan, denen man sich nicht entziehen kann. Dazu gehört in erster Linie die Frage der Abrüstung. Mit dieser Frage hat sich, wie hier schon gemeldet wurde, kürzlich eine Sitzung der nordischen interparlamentarischen Union beschäftigt, die im übrigen ihre Beratungen als Einleitung und Vorbereitung zu der im August bevorstehenden großen interparlamentarischen Tagung in Stockholm (unter Beteiligung Deutschlands! ob auch Frankreichs? darüber schwankt die Entscheidung noch) behandelte. Das Ergebnis war, wie man es voraussehen konnte: man huldigt dem Gedanken der Abrüstung, man befolgt ihn aber nicht. Der norwegische Redner, der liberale Führer Knudsen, sprach den höchst realpolitischen Gedanken aus, daß eine Abrüstung für den Norden nur aktuell wäre, wenn sie zugleich alle anderen Völker umfaßte, und Staatsmann Branting, der für Schweden sprach, und der nicht nur ein großer Sozialist, sondern ohne Frage auch ein Staatsmann von Horizont ist, machte kein Hehl daraus, daß ihm die internationale Lage nicht gerade für Abrüstungen günstig zu sein scheine. Entgegen trat diesen Anschauungen nur Brantings dänischer Parteigenosse, Herr Stauning.

Den Dänen steht allerdings eine ernsthaftere Abrüstungsdebatte noch bevor. Eine der ersten Vorlagen, die Staatsminister Neergaard im Reichstage im Oktober einbringen wird, wird zweifellos die Militärvolage sein, und ebensowenig kann man daran zweifeln, daß die radikalbürgerliche und sozialistische Opposition bei dieser Gelegenheit in den tiefsten Sack ihrer grundsätzlichen Forderungen nach Reformen und Reduktionen greifen wird. Indessen, diese Herrschaften sind Idealisten, aber leider keine Psychologen, nicht einmal in ihrem eigenen Lande, und es wäre falsch von uns Deutschen zu glauben, daß das kleine Dänemark, auf dem höchsten Punkt seiner nationalen „Macht" angelangt, unmittelbar nach der Gewinnung Nordschleswigs und der Entwaffnung Deutschlands, seine Kanonen abprotzen und seine Soldaten entlassen werde. Es wird im Gegenteil die einen wie die anderen nach Südjütland an die neue Grenze verlegen. Darüber sind sich die beiden Parteien in der jetzigen Regierung durchaus einig. Fraglich bliebe höchstens, wie weit diese Parteien nebenher doch auch eine vernünftige Politik gegenüber Deutschland und damit die Linie einhalten wollen, die eines ihrer Mitglieder, der Außenminister Harald Scavenius, in der letzten Zeit mehrmals mit erfrischender Deutlichkeit angab.

Diese Scaveniussche Linie ist für uns von Interesse. Das „Berliner Tageblatt" hat vor kurzem ein Interview des Ministers mit einem holländischen Journalisten wiedergegeben, das durch diese Verbreitung auch hier in Dänemark selbst berechtigte Beachtung fand. Die Bedeutung jener Aeußerungen lag in ihrer Beziehung zum Völkerbund, und dafür wieder muß beachtet werden, daß der skandinavische Norden dem Völkerbund nicht nur von Anfang an Folgschaft geleistet hat, sondern daß auch einige der wichtigsten Impulse zur Weiterentwicklung des Völkerbundstatuts von hier ausgegangen sind. Der Vorschlag zur konsequenten Durchführung des Schiedsgerichtsgedankens war ein skandinavischer Vorschlag, und als es sich darum handelte, sich zur Anerkennung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit zu verpflichten, war der eine der beiden Staaten, die sich dazu bereit fanden, Dänemark. Das war vielleicht Pazifismus; vielleicht war es auch die Friedensliebe desjenigen, der einen großen Gewinn, den er errungen, sichergestellt sehen möchte. Interessant ist jedenfalls, daß Herrn Scavenius diese Sicherstellung allein keine absolute Gewähr zu bieten scheint. Er bekennt, daß für das Verhältnis eines kleinen Landes zu einem benachbarten Großstaat auf die Dauer nicht eine internationale Kontrolle und noch weniger das Wohlwollen eines Freundesbundes — der Entente — maßgebend sei, sondern nur dieses Nachbarverhältnis selbst. Dänemark kommt um Deutschland nicht herum. In diesem Sinne sind die deutsch-dänischen Verhandlungen, die jetzt in Kopenhagen über Einzelheiten der neuen Grenzbestimmungen geführt werden, von mehr als bloß geschäftlichem Charakter; sie bilden doch auch den Anfang zu einer politischen Verständigung zu einer für den nördlichen Nachbarn wertvollen deutschen Anerkennung. Ob sie zu einem Ergebnis führen, wird darum zum größeren Teil von den Dänen abhängen. Vorläufig ist die neue Grenze nur ein Anlaß zu Grenzzank. Dafür muß dann die Kieler Universität, die eine skandinavische Herbstwoche (ohne Dänen!) ankündigt, ebenso herhalten, wie auf der anderen Seite ein nordischer Studenten-